

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

Fraktion Bürgerlicher Aufbruch Mülheim an der Ruhr (BAMH)

Nr.: **A 20/0393-01**

Status: öffentlich

Datum: 02.06.2020

Kooperation Metropole Ruhr (KMR)

Beratungsfolge:

Gremium:

Wirtschaftsausschuss

Datum:

22.06.2020

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Anhörung

Es wird beantragt:

Die Verwaltung soll in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität 22.06.2020 berichten zu:

1. Seit wann hatte die Verwaltung respektive die Ruhrbahn Kenntnis von den Plänen zur Gründung der Kooperation Metropole Ruhr (KMR)?
2. Wie hat die Verwaltung oder die Ruhrbahn sich in den Gründungsprozess eingebracht, wer hat von Seiten der Verwaltung oder der Ruhrbahn an der Erarbeitung des am 28.05.2020 unterzeichneten Vertrages mitgearbeitet?
3. Seit wann liegt der Verwaltung oder der Ruhrbahn der am 28.05.2020 unterzeichnete Vertrag mit den darin enthaltenen 11 Punkten in seiner unterzeichneten Version vor?
4. Wie wurde die Politik über den Prozess der Erarbeitung eines solchen Vertrages unterrichtet und wenn nicht, warum nicht?
5. Welche Auswirkungen hat der Vertrag auf den gültigen Nahverkehrsplan der Stadt Mülheim?
6. Ist von der Verwaltung oder der Ruhrbahn in dem ganzen Prozess der Entstehung des Kooperationsvertrages das beschlossene Einsparziel zur Sanierung des Haushaltes der Stadt über die kommenden Jahre hinweg berücksichtigt worden? Wenn ja, bitte detaillierte Aufschlüsselung in welchen Punkten welche Einsparsummen berücksichtigt wurden?

Begründung:

Uneingeschränkt begrüßt die Fraktion BAMH das erreichte Ergebnis in Form des am 28.05.2020 unterzeichneten Kooperationsvertrages als ein Schritt in die richtige Richtung.

Uns betrübt allerdings, dass wir von so einem wichtigen Vertrag durch Pressemitteilungen erfahren mussten.

Der Fraktion des Bürgerlichen Aufbruchs liegen keinerlei Informationen über den Prozess des Zustandekommen dieses Vertrages vor.

Den Inhalt des Kooperationsplanes mit seinen 11 Punkten mussten wir auf der Homepage der Bogestra suchen.

In dem Vertrag wird ausgeführt, dass zum 31.12.2023 die Vereinheitlichung der Nahverkehrspläne angestrebt wird. Mit großer Sicherheit hat alles das gewichtige Auswirkungen auf die momentane Debatte um die notwendigen Veränderungen im ÖPNV der Stadt Mülheim.

Frank Wagner

Stellv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Martin Fritz

Wirtschaftspolitischer Sprecher

Anlagen: